

**Antrag 46/II/2023****AG Migration und Vielfalt SPD Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Programmkommission (Konsens)****Erarbeitung eines brandenburgischen Integrationsgesetzes**

1 Der Landesparteitag der SPD Brandenburg spricht  
2 sich für die Einführung und sukzessive Erweiterung  
3 eines brandenburgischen Integrationsgesetzes aus.  
4 In der kommenden Legislaturperiode soll ein In-  
5 tegrationsgesetz nach dem Vorbild von Schleswig-  
6 Holstein erarbeitet werden, das lediglich auf Lan-  
7 desebene Anwendung findet. In diesem neuen Ge-  
8 setz sollen auch Grundlagen für die Erhebung wich-  
9 tiger empirischer Daten gelegt werden, mit denen  
10 sich Integration u.a. in Schule und Arbeitsmarkt  
11 messen lassen. Weiterhin soll das Landesaufnah-  
12 megesetz überarbeitet und in das Integrationsge-  
13 setz überführt werden. Zudem soll geprüft werden,  
14 inwiefern es möglich ist, gesetzliche Regelungen  
15 für eine stärkere Willkommenspolitik zu verankern.  
16 Langfristig soll das Gesetz immer weiter an die Ge-  
17 gebenheiten des Landes angepasst und ein kom-  
18 munales Migrationsmanagement wie in Nordrhein-  
19 Westfalen eingeführt werden.

20

**21 Begründung**

22 Für die Integrationspolitik sollten wir klare und mu-  
23 tige politische Ziele festschreiben. Allen voran muss  
24 es uns in Brandenburg gelingen Migrant\*innen stär-  
25 ker zu motivieren, ihren Lebensmittelpunkt in un-  
26 serem Bundesland aufzuschlagen. Zu viele Perso-  
27 nen wandern derzeit aus Brandenburg aus verschie-  
28 denen Gründen wieder ab und stehen uns somit  
29 u.a. für den Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Hier  
30 bedarf es einer klaren Vorstellung, wie Integrati-  
31 on perspektivisch besser gelingen bzw. wie dies po-  
32 litisch gefördert werden kann. Die Grundlage für  
33 eine effektive Migrations-, Integrations- und Will-  
34 kommenspolitik liegt in der regelmäßigen Erhebung  
35 und Analyse von Daten sowie der Forschung zu die-  
36 sem Politikbereich. Wenn wir nicht wissen, wie viele  
37 Kinder mit Migrationshintergrund keinen Schulab-  
38 schluss schaffen, haben wir keine Basis, um effektive  
39 Maßnahmen zu verabschieden, die dem entgegen-  
40 wirken. Wenn wir nicht wissen, aus welchen Grün-  
41 den Menschen unser Bundesland verlassen, können  
42 wir keine Maßnahmen für eine bessere Willkom-  
43 menspolitik entwickeln. Wir brauchen also ein da-

zusätzlich siehe Stellungnahme zu Antrag 71/I/2022

- 44 tenbasiertes, abgestimmtes Migrations- und Inte-
- 45 grationsmanagement mit gesetzlicher Grundlage.